

## BLITZKASTEN



Walter Hori

## WAS MAN AUS BETON MACHEN KANN

(nh). Unser Bild ist an der Delegiertenversammlung der EVP vom 10. Januar 2004 in St. Gallen entstanden und zeigt den Pfalzweiler des St. Galler Regierungsgebäudes.

Dem Beton seine Form gegeben hat hier – das Spiel mit den skelettartigen Konstruktionselementen verrät seine Handschrift – der in Zürich ansässige, spanische Architekt Santiago Calatrava. Ihn freue

es, dass sich die Delegierten der EVP in einem Gebäude ganz aus Beton treffen würden, meinte Nationalrat Werner Messmer (FDP TG), Referent pro Gegenvorschlag zur «Avanti»-Initiative: Das lasse ihn eine aufgeschlossene Haltung gegenüber den geplanten Strassenbauvorhaben erhoffen.

Worauf Parteipräsident Ruedi Aeschbacher konterte, der Pfalzweiler

sei ein gutes Beispiel dafür, dass man aus Beton auch Schönes machen könne, was man von den bei Annahme des Gegenvorschlags zu erwartenden neuen Autobahnen nicht behaupten könne.

Die Delegierten liessen sich von Messmer nicht beirren und stimmten sich mit 106 zu 7 Stimmen gegen neue Betonstrassen im Wert von 30 000 Millionen Franken.

## EINLADUNG UND ANMELDUNG ZUR DELEGIERTENVERSAMMLUNG

Einladung zur 85. ordentlichen Delegiertenversammlung (DV) der EVP der Schweiz, Samstag, 3. April 2004, 9.30 Uhr bis 16.00 Uhr im Rathausaal in Zürich.

- TOP 1 Eröffnung der Tagung durch den Zentralpräsidenten
- TOP 2 Wahl der Stimmzähler (Protokollprüfer)
- TOP 3 Abstimmungsvorlagen vom 16.05.2004  
Mittagspause
- TOP 4 Bericht über die politische Lage (Parteipräsident Ruedi Aeschbacher)
- TOP 5 Bericht über das Parteilieben (Generalsekretär Joel Blunier)
- TOP 6 Zentralkasse: Jahresrechnung 2003
- TOP 7 Zentralkasse: Voranschlag und Zentralbeitrag 2005
- TOP 8 Zentralvorstand: Neuwahlen des Präsidiums und der übrigen Mitglieder
- TOP 9 Kontrollstelle: Neuwahlen für die Amtsdauer 2004-2008
- TOP 10 Schlusswort des Zentralpräsidenten



Ich melde \_\_\_\_\_ (Anzahl) Personen für die Delegiertenversammlung vom 3. April 2004 in Zürich an.

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse, Nummer: \_\_\_\_\_

PLZ und Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bis am 29. März einsenden an:  
EVP der Schweiz  
Josefstrasse 32  
Postfach 7334  
8023 Zürich  
Telefon 01 272 71 00  
info@evppev.ch

## FÜNF SITZE IM VISIER

Die EVP hat ihre drei Sitze bei den Nationalratswahlen gehalten und ihren schweizweiten Wähleranteil von 1,8 auf 2,3 Prozent steigern können. Bereits wurden die Weichen gestellt, damit die EVP im Herbst 2007 endlich zwei weitere Mandate erobern kann.

VON NIKLAUS HARI

Gross ist die Erleichterung am Abend des 19. Oktobers, als feststeht, dass Heiner Studer die Aargauer EVP auch in Zukunft in Bern vertreten darf: Ein hauchdünnere Vorsprung von rund hundertfünfzig Stimmen rettet der EVP den Sitz auf Kosten eines vierten Mandats für die Listenpartnerin CVP. Parteipräsident Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH) und Walter Donzé (EVP, BE) haben die Wiederwahl in den Nationalrat ebenfalls geschafft. Damit kann die EVP die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der EDU, die neben dem bisherigen Christian Waber (BE) neu Markus Wäfler (ZH) nach Bern entsenden kann, in der EVP/EDU-Fraktion fortsetzen.

Auch wenn sich der höhere Wähleranteil nicht in einem zusätz-



Thomas Fof

Walter Donzé (EVP BE), Heiner Studer (EVP AG), Ruedi Aeschbacher (EVP ZH), Christian Waber (EDU BE) und Markus Wäfler (EDU ZH) bilden zusammen die EVP/EDU-Fraktion.

lichen Mandat niedergeschlagen hat: Fast in allen Kantonen, in denen die EVP angetreten ist, konnte sie mehr Stimmenprozente auf sich vereinigen als noch 1999, schweizweit hat sie ihren Anteil von 1.8 auf 2.3 Prozent steigern können (siehe Kasten). Wenn man bedenkt, dass die politische Mitte zwar nicht gerade erodiert ist, CVP und FDP aber dennoch empfindlich geschwächt wurden, ist das Halten der Mitte bereits ein schöner Erfolg.

### Sitzgewinne knapp verpasst

Am nächsten an einem weiteren Sitzgewinn war die EVP in den Kantonen Bern und Zürich. Wäre die EVP im Kanton Bern eine Listenverbindung mit der CVP eingegangen, die Berner hätten einen

zweiten Sitz erobert. Auch im Kanton Zürich war die EVP nahe daran, ihren vor acht Jahren verloren gegangenen zweiten Sitz zurückzugewinnen.

### Nationales Wahlkampfteam

Unterdessen wurden bereits die ersten Schritte eingeleitet, damit die EVP ihren Wahlkampf 2007 mit dem Gewinn von zwei zusätzlichen Sitzen krönen kann. Mit der Bildung eines nationalen Wahlkampfteams will die EVP der Schweiz ihre Koordinationsaufgaben besser wahrnehmen (siehe «Josefstrasse 32» auf Seite 6). Zudem wird ein Sekretär für die französische Schweiz gesucht, um den Parteaufbau in der Westschweiz voranzutreiben.

### Wahlergebnisse

Kanton	Wähleranteil	
	2003	1999
AG	5.2%	3.8%
BE	5.2%	4.0%
BL	2.6%	2.4%
BS	2.9%	3.8%
FR	0.7%	-
LU	0.8%	-
SG	1.5%	1.3%
SO	1.2%	-
TG	2.7%	2.8%
VD	0.7%	-
ZH	4.1%	3.4%
CH	2.3%	1.8%

## KOMMENTAR

Endlich sind die Bundesratswahlen vorbei. Während ganzen sieben Wochen gab es in den Medien nur noch ein Thema: Blocher, ja oder nein? Politisch stand das Leben praktisch still, obwohl viel Wichtigeres anzupacken gewesen wäre. Mit Blocher und Merz im Bundesrat verfügen die Rechtsbürgerlichen nun über eine komfortable Mehrheit. Was auf den ersten Blick beängstigende Gefühle auslösen kann, bedeutet auf den zweiten Blick eine Chance für die EVP. Blocher und Merz können ihre Forderungen im Bundesrat nun umsetzen. Es ist zu hoffen, dass dabei auch klar erkennbar bleibt, aus welcher Küche die Speisen kommen. Dann kann die Wahlerschaft in vier Jahren darüber befinden, ob die Rezepte der SVP beziehungsweise der FDP Hand und Fuss hatten.

In dieser Zeit hat die EVP als Mittepartei klarzumachen, dass weder Neoliberalismus noch Staatsintervention, weder vollständige Eigenverantwortung noch staatliche Bevormundung, nicht die Beibehaltung alles Bewährten noch die Verleugnung unserer Wurzeln die Lösungen für eine Schweiz mit Zukunft darstellen. Wir müssen wieder lernen, geschlossen und klar gegen Fehlentwicklungen in Gesellschaft und Politik aufzutreten. Die EVP hat schon immer ausgewogene Positionen zum Wohle aller Menschen vertreten und wird dies auch in Zukunft tun. Das Profilierungsfeld dazu ist seit dem 10. Dezember grösser denn je.

Joel Blunier

Weiterhin auf Erfolgskurs

Die EVP hat sich gut geschlagen in den eidgenössischen Wahlen: Die drei Sitze im Nationalrat wurden gehalten, der Wähleranteil gesteigert, schweizweit gar um über zwanzig Prozent! Und dies in einer stark polarisierten Politlandschaft, wo ausser der EVP alle Parteien, die in der politischen Mitte agieren, herbe Verluste hinnehmen mussten. Damit hat die EVP ihre bisherige Erfolgsserie in kommunalen und kantonalen Wahlen auch auf eidgenössischer Ebene fortgesetzt. Das überrascht nicht: In den letzten Jahren ist rund ein Dutzend neuer Ortsparteien entstanden. Wir haben über 10 Prozent Mitglieder dazu gewonnen. Die Adress-Stämme für unsere Mitteilungsblätter haben sich zum Teil gar verdoppelt. Und viele junge Leute treten für die EVP ein. Auch als Kandidierende auf unseren Listen.

Das Wichtigste aber: In einer kalten, materialistischen Zeit, in welcher Börsenkurse und kurzfristige Gewinnmaximierung wichtiger sind als der langfristige Erhalt der Arbeitsplätze, vertreten die EVP und ihre Exponenten eine sachbezogene Politik mit Augenmass und Umsicht. Eine Politik, die tragfähige Lösungen sucht für die ganze Bevölkerung und sich nicht nur für Sonderinteressen einer ganz bestimmten Gruppe stark macht. Eine Politik, die Ungleichheiten nicht verschärft, sondern ausgleicht und soziale, ökologische und ökonomische Gerechtigkeitslücken schliesst. Kurz, eine Politik, die im politischen Alltag unser evangelisches Christ-Sein konkret umsetzt. Auf dieser Basis können wir die Erfolgsgeschichte der EVP fortschreiben: in den nächsten kantonalen und kommunalen Wahlen, aber auch bei den Nationalratswahlen 2007, wo wir mindestens fünf Sitze erringen wollen. Damit es so weit kommt, müssen wir dranbleiben. Weiterhin. Tag für Tag.



Ruedi Aeschbacher  
Zentralpräsident EVP

«Wir hätten es begrüsst, wenn die Fraktionen zusammen «Eile mit Weile» gespielt hätten. (...) Beim «Eile mit Weile» kommt man am Anfang möglichst rasch heraus – das ist das Ziel – aber mit einer Ausgangsposition, nicht mit dem Ende. Dann gibt es den Kampf darum, wer zuerst am Ziel ist und wie viel man gewinnt. Anstelle dieses «Eile mit Weile» haben die Bundesratsfraktionen aus unserer Sicht – das wurde auch in den Medien so erwähnt – eher Mikado gespielt: Wer sich zuerst bewegt, hat verloren.»

Heiner Studer (Nationalrat EVP AG)  
am 10. Dezember 2003 vor der Bundesversammlung in der Fraktionserklärung zu den Bundesratswahlen zum Vorgehen der Parteien im Vorfeld der Wahl

PAROLEN DER EVP

gefasst am 10. Januar in St. Gallen  
von der Delegiertenversammlung der EVP der Schweiz

**Gegenentwurf zur Volksinitiative «Avanti – für sichere und leistungsfähige Autobahnen»** **NEIN**

**Änderung des Obligationenrechts (Miete)** **NEIN**

**Verwahrungsinitiative (Sexual- und Gewaltstraftäter)** **NEIN**

INHALT

**Die Jugend auf dem Herzen: Interview mit Michaela Hänggi** **3**

**Abstimmungsvorlagen I: Gegenvorschlag Avanti** **4**

**Abstimmungsvorlagen II: Lebenslängliche Verwahrung** **5**

**Nachwuchsförderung: Junge EVP und Mentoringprogramm** **6**

**Herausforderung: Christsein und Politik** **7**

DIE JUGEND AM HERZEN

Vom Jugendparlament bis zu ihrer Arbeit als Sozialpädagogin in einem Jugendtreff: Der Themenkreis Jugend und Politik beschäftigt Michaela Hänggi.



Möchte für die EVP in den St. Galler Kantonsrat: Michaela Hänggi kennt und schätzt die Arbeit im Parlament.

VON NIKLAUS HARI

Michaela Hänggi, Du willst den Jugendlichen und ihren Anliegen Gehör verschaffen. Wie bist Du zur Politik gekommen?

Als ich zwanzig Jahre alt war, habe ich mit Gleichgesinnten das Schaffhauser Jugendparlament gegründet. Voller Elan haben wir uns drei Jahre später in die Kantonsratswahlen gestürzt und auf Anhieb zwei Sitze im Kantonsrat und drei Sitze im Grossen Stadtrat von Schaffhausen erobert. Für diesen Erfolg haben wir gearbeitet und einen originellen Wahlkampf betrieben: Sitzgewinne sind nie gratis.

Für die Gruppierung «Jugendparlament» bist Du dann während vier Jahren im Schaffhauser Kantonsrat gesessen. Eine gute Erfahrung?

Auf jeden Fall. Ich habe enorm viel profitiert und gelernt. Vor allem die Arbeit in den Kommissionen hat mich fasziniert. Zudem war die

Fraktionszusammenarbeit mit der CVP ein wahrer Glücksfall. Wir haben von ihrer Erfahrung profitiert, sie hätten im Gegenzug allein keine Fraktion bilden können.

Trotzdem hast Du Dir nach diesen vier Jahren gesagt, dass Du nie einer Partei beitreten würdest.

Das ist richtig, denn wenn beispielsweise ein SVP-Vertreter einen Vorstoss der SP gut fand, wurde er von der eigenen Fraktion daran gehindert, dafür zu stimmen. Das hat mich extrem gestört. Oft waren die Vertreter der grossen Parteien nicht gut auf die Geschäfte vorbereitet, weil sie nur damit beschäftigt waren, gegen die anderen Parteien ins Feld zu ziehen. In unserer kleinen Fraktion haben wir hingegen echte Sachpolitik betrieben.

Nach vier Jahren als Kantonsrätin hast Du nicht mehr kandidiert, weil Du nach St. Gallen gezogen bist.

Ja, nachdem ich während drei Jahren in Rorschach die Schule für

Soziale Arbeit besucht habe, arbeite ich nun seit über drei Jahren im Jugendsekretariat von St. Gallen. Unterdessen fühle ich mich heimisch in dieser Stadt, mein Umfeld, meine Freunde sind hier.

Und seit den Nationalratswahlen bist Du Mitglied bei der EVP.

Die Zeit war für mich wieder reif, Politik zu machen. Zwar habe ich mich auch bei der CVP und der SP umgesehen. Irgendwann konnte ich dem freundlichen Werben von Reto Denoth, der wie ich die FEG St. Gallen besucht, nicht mehr widerstehen. Und mit der Politik der EVP kann ich mich identifizieren.

In Deinem Beruf als Sozialpädagogin hast Du viel Kontakt mit Jugendlichen. Welches sind ihre drängendsten Probleme?

Der Leistungsdruck in der Schule, die fehlenden Lehrstellen: Diesen Problemen sind viele Jugendliche nicht gewachsen. Suchtprobleme sind eine mögliche Folge, Rassismus ist ein anderer Blitzableiter für die erlebte Frustration. Hier dürfen wir nicht wegschauen.

Was für eine Haltung hast Du zur Drogenliberalisierung? Befürwortest Du den straffreien Konsum?

Wenn ein Hanfladenbesitzer sein Anliegen in der Zeitung öffentlich verbreiten kann, stört mich das enorm. Die Polizei unternimmt

nichts, das geltende Recht wird nicht durchgesetzt: Es müssen wieder konsequent Bussen verteilt werden. Die Auswirkungen einer Legalisierung sind unabsehbar, ich bin deshalb sehr unschlüssig. Sicher müsste die Prävention enorm verstärkt werden. In den Jugendtreffs versuchen wir den Jugendlichen eine Alternative anzubieten: Sie können eigene Ideen entwickeln und auch verwirklichen. Jugendliche müssen anders sein können und sie müssen ernst genommen werden.

Ein anderes grosses Problem sind die fehlenden Lehrstellen.

Schulische Brückenangebote sind extrem wichtig, aber auch die Wirtschaft muss etwas tun. Und wer eine Lehrstelle kriegt, findet vielleicht nach dem Abschluss keinen Job. Hier muss der Staat eingreifen, Praktikumsplätze anbieten oder Stellen für Lehrabgänger in der Verwaltung schaffen. Wie soll sich ein junger Mensch sonst in der Gesellschaft willkommen fühlen können?

Am 14. März wird der St. Galler Kantonsrat neu gewählt. Was bewegt Dich zu einer Kandidatur?

Die Arbeit im Kantonsrat kenne ich und sie gefällt mir. Ich möchte mich für die Jungen einsetzen und beispielsweise dafür sorgen, dass die vielerorts eingerichteten Jugendparlamente auch ernst genommen werden. Momentan versuche ich meine Wahlkampfeideen bei den Vorstandssitzungen der EVP des Wahlkreises St. Gallen einzubringen. Ein zweiter Sitz im Wahlkreis St. Gallen liegt für uns durchaus drin.

Michaela Hänggi

Alter: 30 Jahre  
Zivilstand: ledig  
Beruf: Sozialpädagogin im Jugendsekretariat St. Gallen, zuständig für die Jugendarbeit im Quartier Winkeln, ab Januar ausserdem Koordinatorin der gesamten Quartierarbeit.  
Kirche: FEG St. Gallen  
Hobbies: Gospelchor Gossau



## Manson und Materialismus

Um es vorweg zu nehmen: Ich freue mich, wenn Christen gemeinsam und öffentlich für ihre Werte einstehen. Noch mehr freut es mich, wenn sie aus Nächstenliebe tätig werden oder Gott um die Linderung der Missstände in unserer Welt anflehen. Dennoch hat mich die Reaktion aus dem christlichen Lager auf das Konzert von Marilyn Manson etwas irritiert. Weshalb das? Mir scheint, dass viele Christen nur noch eine ganz spezielle Form der Gottesferne wahrnehmen und dafür auf dem anderen Auge einer zunehmenden Blindheit verfallen. Man kämpft gegen alles, was den Anschein von Dämonie hat, von Manson bis Potter. Ob dann die vermutete Widergöttlichkeit wirklich zutrifft, steht nochmals auf einem ganz anderen Blatt. Vielleicht lese man dazu das Spiegelinterview mit Marilyn Manson («Der Spiegel» 19/2003, S. 178). Bei aller Dämonenhatz vergessen viele, dass sich in unserer Gesellschaft noch ganz andere Mächte daran machen unsere Anbetung zu erheischen. Wer das nicht mehr wahrnimmt, soll einmal die Bahnhofstrasse in Zürich herunterspazieren. Konsum ist schon lange zum sinnstiftenden Gattersatz geworden, auch für viele Christen. Ob sich nun Widergöttlichkeit im menschlichen Stolz, in der Gier nach Besitz oder in unflätigen Songtexten manifestiert: Für die Bibel ist alles gleich weit weg von dem, was Gott für unser Leben möchte. Weshalb wird man nicht zum Gebet gerufen, angesichts der Gier einiger Besitzenden, die Familienväter arbeitslos werden lässt? Wo manifestiert sich das Böse direkter? In Marilyn Manson oder in unserem Materialismus? Es ist an der Zeit, diese Themen wieder in der biblischen Gewichtung in unser Denken, Beten und Handeln einzuordnen.

Felix Ruther, Leiter der VBG

## RÜCKSCHRITT «AVANTI»

Der seltsame «Gegenvorschlag» zur Volksinitiative «Avanti» geht weit über die ursprüngliche Initiative hinaus und löst die Mobilitätsprobleme des Landes nicht.

VON Ruedi Aeschbacher

Ursprünglich verlangten die Automobil- und Schwerverkehrsverbände mit der Volksinitiative «Avanti» den Ausbau der Autobahnen im Mittelland und am Genfersee von vier auf sechs Spuren sowie eine zweite Röhre am Gotthard. Statt dass das Parlament den vernünftigen Gegenvorschlag des Bundesrates akzeptiert hätte, pflöpten die Fürsprecher der Autolobby in den Reihen der SVP, FDP und CVP ihre grossartigen Strassenausbauwünsche unverfroren auf diesen auf. Damit wurde der Gegenvorschlag zu einem «Avanti plus» und stellt nicht mehr – wie bei Gegenvorschlägen sonst üblich – einen Kompromiss dar, sondern geht mit dem darin enthaltenen, gigantischen Strassenausbauprogramm im Umfang von mindestens dreissig Milliarden Franken weit über die ursprüngliche Initiative hinaus.

## Rezepte von gestern

Gigantischer Strassenausbau gemäss Avanti-Gegenvorschlag ist keine zukunftsorientierte und nachhaltige Lösung der Mobilitätsprobleme: kurzfristig würde dadurch das System Strasse zwar entlastet und verbessert. Dies lädt aber zu vermehrter Autobennützung ein. Das Verkehrsaufkommen auf der Strasse würde also weiter stark ansteigen und nach kurzer Zeit träten erneut Überlastungen und Staus auf. Zudem würde die Belastung von Menschen und Umwelt noch grösser.

Mindestens so schwer wiegt indessen das finanzpolitisch fragwürdige und undemokratische Vorgehen zur Finanzierung der Ausbaupläne: Der «Gegenvorschlag» schafft zur Finanzierung des Strassenbaus ein separates Kässeli, zu dem das Volk nichts mehr zu sagen hat. Die rund dreissig Milliarden



Hier ist sie bereits Realität, am Gotthard möchten wir sie noch verhindern: Doppelte Tunnelröhre durch den Uetliberg.

Franken in diesem Fonds würden an der vom Volk beschlossenen Schuldenbremse vorbei geschmuggelt. Die Gelder, die zu Lasten des übrigen Finanzhaushaltes frei gestellt werden müssten, würden dann bei anderen, wichtigen Aufgaben des Staates (z.B. bei der AHV, der Bildung, der Gesundheit oder den weiteren Projekten für den öffentlichen Verkehr) fehlen.

Dreissig Milliarden für den Strassenbau zu sprechen in einer Zeit, wo überall enorm gespart werden muss und der Bund wichtige Leistungen abbaut, ist finanz- und gesellschaftspolitisch schlicht unverantwortbar. Bundesrat Villiger hat dies in der Kommission und im Rat deutlich angeprangert und bekämpft. Leider stiess er damit bei den Bürgerlichen auf absolut taube Ohren.

## Leere Versprechen

Um die Agglomerationen und die Befürworter des öffentlichen Verkehrs für den Gegenvorschlag zu gewinnen, stellen die Initianten in Aussicht, dass auch in die Agglomerationen und in deren öffentlicher Verkehr investiert werden

soll. Es geistert die Zahl von jährlich 300 Millionen für die Agglomerationen herum, wovon dann die Hälfte dem öffentlichen Verkehr zugute kommen solle.

Tatsache ist indessen, dass im Gegenvorschlag keine solchen Zahlen zu finden sind. Und im übrigen wären 150 Millionen für den öffentlichen Verkehr nichts als Brosamen im Vergleich zu den 30 Milliarden (sprich 30 000 Millionen!) für die Strasse.

Weiter hebt die Vorlage mit der zweiten Autoröhre am Gotthard den vom Volk vor zehn Jahren beschlossenen und in der Verfassung verankerten Alpenschutz aus.

## Verlogener «Gegenvorschlag»

Wen wundert also, dass die Initiative unterdessen zurückgezogen wurde, wenn der Gegenvorschlag bereits all ihre Wünsche und sogar noch mehr erfüllt? Mit einem klaren Nein will die EVP der Schweiz solch unfairen Spielen einen Riegel vorschieben und die Schweiz vor einer ruinösen Strassenbaulawine bewahren, die unsere Mobilitätsprobleme nicht lösen würde.

## ÜBERS ZIEL GESCHOSSEN

Die Volksinitiative «Lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter» nimmt eine berechtigte Sorge der Bevölkerung auf. Viele Emotionen werden dabei eingebracht. Leider hat die Initiative aber gewichtige Mängel, weshalb die EVP der Schweiz sie zur Ablehnung empfiehlt.

VON PAUL ERNI

Vor zehn Jahren hat der Mord am Zollikerberg die Öffentlichkeit aufgeschreckt, als ein Sexualtäter während seinem Hafturlaub eine junge Frau auf brutale Weise umbrachte. Die Tat hatte nicht nur juristische Konsequenzen für die urlaubsbewilligende Behörde, sondern führte zu einer gewaltigen Veränderung der Urteilspraxis. Fachkommissionen wurden eingesetzt, welche die Vollzugsanstalten bei Entscheiden über Urlaub oder Entlassung beraten. Deren Einfluss gilt als massgebend. Seither sprechen die Gerichte massiv mehr Verwahrungen aus.

Dem Ansinnen der Initiative ist zuzustimmen: Menschen müssen vor gefährlichen Tätern, deren Rückfall voraussehbar ist, geschützt werden. Nur: Die lebenslange Verwahrung gibt es im heutigen Gesetz schon. Leider ist es so, dass die Initiative die heutige Regelung noch einschränkt. Sie kann dazu führen, dass gefährliche Täter aus der Verwahrung entlassen werden müssen, weil sie nicht als extrem gefährlich eingestuft werden können! Die Initiative könnte für ungefähr zwanzig Personen angewendet werden, heute werden aber rund hundert Personen in der Schweiz verwahrt.

## Neues Strafrecht ist die bessere Lösung

Mit einer Revision des Strafrechtsgesetzbuchs, die Anfangs 2005 in Kraft treten wird, sind die Anliegen der Initiantinnen aufgenommen und weiterentwickelt worden. Während die Initiative nur die «extrem gefährlichen Täter» einschliesst, sehen die neuen Gesetze schon für gefährliche Täter (solche mit Haftstrafen über 10 Jahre) eine Verwahrung vor, wenn Rückfallgefahr besteht. Zudem wird nicht das

«Verbot einer Entlassung», sondern die Möglichkeit einer «Entlassung aus der Verwahrung mit langjähriger Probezeit» vorgesehen. Eine enge Betreuung erfolgt während der Probezeit und das kleinste Anzeichen eines Rückfalls führt zu einer Rückversetzung. Ein Mensch kann sich verändern, sagt die Bibel. Darum sollen wir solchen Personen Türen aus der Verwahrung heraus offen halten.

## Weniger Verwahrungen

Zudem hat man sich zu vergewärtigen, dass bei Annahme der Initiative und einer restriktiveren Handhabung der Verwahrung sofort weniger Verwahrungen ausgesprochen würden: Kein Gutachter und keine Vollzugsbehörde wird die Verantwortung übernehmen

wollen, die ihnen die Initiative aufzwingt. Kann die Verwahrung kaum mehr aufgehoben werden, erhöht das die Gewaltbereitschaft im Gefängnis. Zitat eines Insassen zur Vollzugsperson: «Wenn ich dich umbringe, hätte dies für mich keine einzige Konsequenz, da ich verwahrt bin und bleibe.» Die Verwahrung wirkt sich somit negativ auf die Therapievilligkeit aus.

Es ist wichtig, den Blick für die Relationen nicht zu verlieren. Sind wir uns bewusst, dass die Gefahr, von einem Autofahrer (ob alkoholisiert, mit übersetzter Geschwindigkeit unterwegs oder schlicht unachtsam spielt keine Rolle) getötet zu werden um ein Vielfaches grösser ist, als dass ich Opfer eines rückfälligen Gewalttäters werde? Die Frau vom Zollikerberg ist eine

Tote zuviel. Bei einer Annahme würde aber eine Bestimmung in die Verfassung aufgenommen, die weniger Sicherheit bringt als heute, zu kompliziert und unzweckmässig ist und wie alle anderen Strafrechtsbestimmungen ins Strafrecht gehört.

## Opferhilfe ausbauen

Punkto Betreuung besteht heute ein Ungleichgewicht zwischen den Opfern und den Tätern. Während die Täter in Institutionen betreut werden, ist die Opferhilfe vielerorts mangelhaft ausgestaltet. Neben der Anpassung im Strafrecht sind bei der Opferhilfe Verbesserungen nötig! Ich bin überzeugt, dass eine betreute Verarbeitung dem Opfer mehr hilft, als einzig nur die Tatsache, dass der Täter verwahrt ist. Für mich ist mit dem Nein zur Initiative klar der Auftrag für Verbesserungen bei der Opferhilfe verbunden.

Paul Erni ist Ortsparteipräsident der EVP Herzogenbuchsee. Er ist Gefangenseelsorger und leitet unter anderem die Gefangenseelsorge der Gefährdetenhilfe Bern

## GUTE IDEE SCHLECHT UMGESETZT

Obwohl in der Stossrichtung gut, schafft die Revision des Mietrechts nicht mehr Gerechtigkeit. Sie begünstigt einseitig die Vermieterinteressen.

VON Ruedi Aeschbacher

Durch das heutige, 13-jährige Mietrecht sind die Miet- an die Hypothekarzinsen gekoppelt, was von der Mieterseite seit längerem bemängelt wird, da durch dieses System eine Hypothekenzinssenkung oft nur ungenügend an die Mieter weitergegeben werde.

Dieser Mangel wird durch die Revisionsvorlage behoben, indem sie die Mietzinsen neu dem Landesindex der Konsumentenpreise folgen lassen will. Missbräuchliche Mieten sollen zudem durch die Ermittlung einer sogenannten Vergleichsmiete verhindert

werden. Gegen die Stossrichtung der Revision ist also wenig einzuwenden.

## Unerwünschte Mietzinsspirale

Allerdings sind gewisse Zweifel berechtigt, ob die Vergleichsmiete wirklich aussagekräftig und transparent erhoben werden kann. Noch schwerer wiegen die ohne Zweifel preistreibenden Details der Vorlage: So können die Vermieter die Mieten bis zu fünfzehn Prozent über dem Marktdurchschnitt (sprich der Vergleichsmiete) ansetzen. Weiter können die Mieten jedes Jahr zu hundert Prozent dem Preisindex angepasst werden, statt der ökonomisch berechtigten und vom Bundesrat

beantragten achtzig Prozent. Die Kombination dieser beiden Elemente führt zu einer Mietzinsspirale, welche das Wohnen als Grundbedürfnis des Menschen unnötig und unbegründet verteuert.

Die Vorlage des Bundesrates ist in den Beratungen der Räte leider noch mehr zu Gunsten der Vermieterseite und zu Lasten der Mietenden verschoben worden, als sie tendenziell schon von Anfang an war. Der Ausgleich zwischen Mieter- und Vermieterinteressen ist nicht gelungen, die Balance nicht gewahrt. Die Gesetzesrevision bringt auch nicht einfacher handhabbares Recht und schafft nicht mehr Gerechtigkeit. Sie ist daher abzulehnen.

## Das team5 – der Schlüssel zum Erfolg?

(jb). An der Josefstrasse 32 ist sichtlich Ruhe eingekehrt. Nach dem 19. Oktober ebden die telefonischen Materialbestellungen, die Schüler- und Medienanfragen sowie die E-Mail-Flut ab. Auch personell gab es Änderungen, verliessen doch die beiden Praktikantinnen Tabäa Balderer und Damaris Bär das Sekretariat. Sie waren im Wahlkampf eine wertvolle Stütze in mancherlei Belangen und ich möchte ihnen an dieser Stelle herzlich für ihren Einsatz danken. Die Wahlen 2003 sind vorbei. Ausgewertet wurde nicht nur das Resultat, sondern auch die Arbeit des Sekretariats. Wie nie zuvor wurden wir uns unserer Rolle als Anlauf- und Koordinationsstelle bewusst. Aus allen Kantonen kamen Anfragen zur inhaltlichen Positionierung der EVP der Schweiz und der Wunsch nach zahlreicheren und besseren Inserate- und Plakatvorlagen. Diesem Umstand soll nun bei den nächsten Wahlen Rechnung getragen werden. Erstmals wird ein nationales Wahlkampfteam zusammengestellt. Dieses bereitet die Wahlen vor und lässt für alle Kantone verbindliche Vorlagen ausarbeiten. Damit soll bezweckt werden, dass die EVP der Schweiz ihrer Rolle als Koordinatorin gerecht wird und sich die Kantonalparteien auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren können. Sie werden den Wahlkampf mit ihren Kandidierenden führen, die Strategien und Pläne in die Tat umsetzen. Inhaltlich und strategisch zeichnet die EVP der Schweiz verantwortlich. Damit ist ein kohärenter und einheitlicher Wahlkampfauftritt gewährleistet. Das sogenannte team5 beginnt Anfang 2004 zu tagen und ist aus Vertretungen aller EVP-Kantone zusammengesetzt. team5 deshalb, weil bereits im Namen stehen soll, was im Herbst 2007 endlich erreicht werden muss, nämlich fünf Nationalratssitze.

## «POLITIK HAUTNAH»

**Um Junge zum politischen Engagement bewegen zu können, bietet die EVP unter dem Namen «Politik hautnah» ab sofort ein Mentoringprogramm an. Zudem zeichnet sich die Gründung einer Jungen EVP ab.**

VON NIKLAUS HARI

Im Mai des vergangenen Jahres wurden an der Ortsparteienkonferenz in Langenthal mögliche Lösungsansätze diskutiert, wie man Junge zum politischen Engagement und zur Mitarbeit in der Partei motivieren könnte (akzente berichtete). Nun werden zwei der erarbeiteten Lösungsvorschläge in die Tat umgesetzt: Ab sofort bietet die EVP der Schweiz unter dem Namen «Politik hautnah» ein Mentoringprogramm für junge Politikinteressierte nicht nur aus der EVP an. Zweitens treffen sich die interessierten Kreise am 6. März in Aarau zu einem Kreativtreffen rund um die Gründung einer Jungen EVP.

### Über die Schulter gucken

Hinter dem Mentoringprogramm steht der Gedanke, dass sich

Menschen durch nichts so sehr motivieren lassen, wie durch den persönlichen Kontakt. Wenn man einem Amtsträger oder einer Amtsträgerin der EVP während einem oder zwei Jahren über die Schulter gucken kann, ist das ein attraktives Angebot, man erlebt die Politik, wie der Name sagt, hautnah.

Bereits wurden alle Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der EVP zur Teilnahme am Mentoringprogramm eingeladen; ab sofort können sich an einer Teilnahme interessierte, junge Politikbegeisterte unter kurzer Angabe ihrer Beweggründe beim Generalsekretariat melden. Dieses koordiniert anschliessend die Zuteilung der Teilnehmenden auf die einzelnen Mentoren und Mentorinnen, welche die weiteren Schritte des Programms in Eigenregie gestalten. Wieviele Teilnehmende ins Programm aufgenommen werden können, hängt

davon ab, wieviele EVP-ler sich als Mentor oder Mentorin zur Verfügung stellen: einzelne haben sich bereits angemeldet, weitere werden gerne entgegengenommen.

### JEVP soll Gestalt annehmen

Wer nicht nur anderen über die Schulter gucken, sondern bereits selber Hand anlegen möchte, soll dies schon bald in einer Jungen EVP tun können. Die Mutterpartei ist bereit, einer JEVP weitreichende Kompetenzen (eigene Finanzen, Parolen, Mitteilungsorgane sowie die Vertretung in Parteileitungsgremien) einzuräumen, welche eine Mitarbeit attraktiv machen. Noch ist unklar, wie die JEVP genau organisiert sein, welche Aufgaben sie wahrnehmen soll. Um dies zu diskutieren, treffen sich die interessierten Kreise am 6. März in Aarau zu einem Kreativtreffen rund um die JEVP. Alle EVP-Mitglieder unter dreissig werden in diesen Tagen auf dem Postweg eingeladen, es sind aber auch junge Politikinteressierte, die (noch) nicht Mitglied der EVP sind, willkommen.

Für weitere Informationen zur JEVP und zu «Politik hautnah»: Schreibe an [niklaus.hari@evppev.ch](mailto:niklaus.hari@evppev.ch).

## TERMINE

- |                  |   |
|------------------|---|
| 8. Februar 2004  | <b>Volksabstimmung</b>  |
| 24. Februar 2004 | EVP der Schweiz, Olten: Sekretariatskonferenz                   |
| 24. Februar 2004 | EVP der Schweiz, Olten: Kantonalparteienkonferenz (KPK)         |
| 6. März 2004     | EVP der Schweiz, Aarau: Regionalpolitische Vereinigung (RPV)    |
| 6. März 2004     | EVP der Schweiz, Aarau: Zentralvorstand                         |
| 6. März 2004     | EVP der Schweiz, Aarau: Kreativtreffen Junge EVP                |
| 3. April 2004    | EVP der Schweiz, Zürich: 85. ordentliche Delegiertenversammlung |
| 24. April 2004   | EVP Frauen Schweiz, Aarau: Impulstagung «Wie lernt ein Kind?»   |

weitere Termine unter [www.evppev.ch](http://www.evppev.ch)

## IMPRESSUM

**akzente:** Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP) 11. Jahrgang, Nummer 1, Januar 2004  
Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.– / Jahr.

**Herausgeber und Redaktion:**  
EVP der Schweiz, Joel Blunier

**Adressen- und Abowverwaltung:**  
EVP der Schweiz, Werner Rieder

**EVP der Schweiz:**  
Postfach 7334, 8023 Zürich  
Tel. 01 272 71 00, Fax 01 272 14 37  
[info@evppev.ch](mailto:info@evppev.ch) / [www.evppev.ch](http://www.evppev.ch)

**An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:**  
Dr. Ruedi Aeschbacher, Damaris Bär, Joel Blunier (Chefredaktion), Paul Erni, Niklaus Hari (Redaktion), Felix Ruther.

**Druck und Vertrieb:**  
DZO Druck AG, Oetwil am See, [www.dzo.ch](http://www.dzo.ch)

**Layout:**  
Creation AG, Illnau, [www.creation.ch](http://www.creation.ch)

**Copyright:**  
Wiedergabe von Artikeln und Bildern mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

## Gründung EVP SO

Am 13. März wird die EVP des Kantons Solothurn gegründet werden. Als Präsident zur Verfügung stellt sich der 26-Jährige Eric Schenk (Langendorf).

## Ortsgruppe Lotzwil

Als 41. Ortspartei des Kantons Bern wurde am 9. Januar die EVP Lotzwil gegründet. Zum ersten Präsidenten wurde Markus Hiltbrand gewählt, unterstützt wird er im Vorstand von Monika Dätwyler und Joachim Hofer.

## Wahlerfolge in Münchenbuchsee...

1995 noch mit einem Mitglied im Grossen Gemeinderat vertreten, konnte die EVP in Münchenbuchsee ihre Mandatszahl von zwei auf vier verdoppeln. Zu den beiden bisherigen Markus Kamber und Toni Mollet gesellen sich neu Katja Schenkel und Renate Hegnauer. Zudem hat Matthias Hügli den Sprung in die Exekutive geschafft.

## ...und in Interlaken

Am 30. November konnte die EVP in Interlaken auf Anhieb zwei Sitze im Grossen Gemeinderat gewinnen. Gewählt sind Fritz Heinger und David Bühler.

## Referendum ergriffen

Der Zentralvorstand der EVP der Schweiz hat beschlossen, das von der Organisation «Ja zum Leben» ergriffene Referendum zum Stammzellenforschungsgesetz zu unterstützen.

Anzeige



Le Parti évangélique suisse projette d'établir des structures du parti en Suisse romande. Dans ce but, on cherche un-e

**secrétaire romand-e**  
(20 à 30%)

La description du poste entière se trouve sur [www.evppev.ch](http://www.evppev.ch).

## DOPPELGEBOT DER LIEBE

**«Liebe den Herrn, deinen Gott, von ganzem Herzen und liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst», lautet das evangelische Doppelgebot der Liebe sinngemäss. Lässt es sich als Leitlinie für eine christliche Politik verwenden?**



Als Christ gesellschaftlich relevant sein: Eine Herausforderung.

VON DAMARIS BÄR

Anhand der Bibel lässt sich kein eindeutiges politisches Verhalten für Christen bestimmen. Daraus aber zu schliessen, dass die Bibel nichts zu politischem Engagement sagt, wäre zu voreilig. Jesus liebte seine Nächsten und diente ihnen umfassend. Er berücksichtigte in seinem Wirken immer die gesamte Lebenssituation der Menschen, auch die (gesellschafts-)politische. Im sogenannten Doppelgebot der Liebe (nachzulesen im Markus-evangelium 12,28-32), hat er seine Nachfolger aufgefordert, es ihm gleich zu tun. Wie Jesus sollen sie sich unter anderem aktiv für Gerechtigkeit, Randständige und die Liebe für den Mitmenschen einsetzen. Das Doppelgebot der Liebe bildet den Rahmen, in welchem sich Christen bewegen sollen. Die Bibel nennt es das höchste Gebot.

### Jesus war und ist gesellschaftlich relevant

Konkrete Worte zum Verhalten und Engagement von Christen in der Öffentlichkeit finden wir vor allem bei Paulus und Petrus. Diese Verse stellen keine neuen Regeln auf, sondern haben erinnernden Charakter. Die Briefschreiber scheinen davon auszugehen, dass Christen aufgrund ihrer allgemeinen

Ethik (dem Doppelgebot der Liebe) fähig sind, ihr Verhalten dem Staat gegenüber entsprechend zu gestalten. Damals gab es im politischen Bereich keine Mitwirkungsmöglichkeiten für Christen. In unserer Staatsform, der Demokratie, ist es jedem möglich, sich politisch aktiv zu betätigen. Ja mehr noch, die Demokratie baut auf der Mitwirkung des Einzelnen auf.

Seine Rechte im Staat nicht wahrzunehmen, heisst zugleich, seine Pflichten der Gesellschaft gegenüber zu verletzen. Jesus war gesellschaftlich relevant, und wenn wir heute gesellschaftlich relevant sein wollen, führt das uns über kurz oder lang in die Politik. Die Alternative zum gesellschaftlich relevanten Handeln wäre die Weltflucht, eine Perspektive, welche von Jesus wahrlich nicht vertreten wurde. Gesellschaftliches und politisches Engagement, oft gleichgesetzt mit sozialem Engagement, können in der Demokratie nicht getrennt betrachtet werden: Gesellschaftlich relevantes Engagement erlebt seine Grenzen in den Rahmenbedingungen, welche in der Politik verändert werden können.

### Macht Euch die Erde untertan!

Es ist also die Staatsform, welche im politischen Bereich über die konkrete Umsetzung des Doppelgebots der Liebe entscheidet: In

einem totalitären Staat kann sich politisch nur betätigen, wer sich an der Gewaltspirale beteiligt, was sicher nicht im Sinne des Doppelgebots der Liebe ist. Umgekehrt verlangt das Doppelgebot der Liebe in unserem demokratischen Staat geradezu, dass man seine Möglichkeiten zur politischen Mitgestaltung ausschöpft. Der Staat bestimmt einen grossen Teil unseres Lebens: den Unterricht unserer Kinder, den Rahmen, in welchem geforscht, geheiratet und füreinander gesorgt wird, sowie vieles mehr.

Es liegt in der Verantwortung der Christen, die Rahmenbedingungen mitzugestalten. Indem Gott dem Menschen die Erde zur Verwaltung überlassen hat, hat er ihm den Auftrag gegeben, sich um sie zu kümmern (1. Mose 1,28). Der Christ ist dazu bestimmt, diesen Auftrag anzunehmen. Nimmt er ihn nicht an, so lässt er einen Bereich der Nächstenliebe ausser acht.

### Nächstenliebe muss nicht zwingend in Partei stattfinden

Politisches Engagement muss nicht zwingend in einer Partei wahrgenommen werden. Politisches Engagement beginnt mit dem Interesse und dem Urnengang. Die Parteien sind auf engagierte Menschen angewiesen. Menschen, die wählen, die Zeitungsartikel schreiben, die sich für ein Amt zur Verfügung stellen, die bereit sind für ihre Sache auch zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Wäre es nicht wünschenswert, mehr Christen an den Urnen zu sehen, mehr Christen in politische Ämter wählen zu können, mehr Gebete für Politiker zu erleben? Wenn wir von Nächstenliebe reden, dann dürfen wir ruhig auch vom Engagement von Christen in der politischen Gemeinde, von der Politik selbst, reden. Den Nächsten zu lieben heisst auch, die Rahmenbedingungen des Staates so mitzugestalten, dass die christlichen Grundwerte weiterhin umgesetzt werden können.

*Damaris Bär ist Studentin am Theologisch-Diakonischen Seminar in Aarau. Sie hat im Sommer 2003 ein Praktikum bei der EVP absolviert.*